



Presseschau vom 10.03.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Armin Siebert: Nicht Deutsche Telekom, sondern US-Konzern IBM soll digitalen Impfpass entwickeln

Das Bundesgesundheitsministerium will den US-Konzern IBM mit der Entwicklung des geplanten digitalen Impfpasses beauftragen. Unterstützt werden soll der Technologieriese dabei von drei deutschen IT-Firmen. Die ursprünglich für den Großauftrag als Favorit gehandelte Deutsche Telekom ging leer aus. ...

<https://snanews.de/20210310/ibm-impfpass-entwicklung-1214887.html>

de.rt.com: Linkspartei: "Reproduktive Gerechtigkeit" für Frauen und "gebärfähige Personen"

Die Linkspartei fordert in einem Antrag an den Bundestag die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen sowie die Kostenübernahme für den Kinderwunsch von ungewollt Kinderlosen. Dabei beschränkt sie sich nicht nur auf Frauen, sondern spricht auch von "gebärfähigen Personen". ...

<https://kurz.rt.com/2g2a>

Armin Siebert: Trotz Pandemie: Chinas Exporte steigen um 60 Prozent

Die Corona-Pandemie hat die Welt in eine Rezession gestürzt. Nur China scheint sich inzwischen wirtschaftlich vollständig erholt zu haben. Der Export aus dem Reich der Mitte ist zu Beginn des Jahres um 60 Prozent angestiegen. Dies führt zu einem weiter wachsenden

Handelsüberschuss Chinas mit dem Rest der Welt – vor allem mit den USA. ...

<https://snanews.de/20210310/chinas-exporte-1223337.html>

Liudmila Kotlyarova: **Heiko Maas' Kampf für Demokratie und wie sich deutsche Medien verstärkt Goebbels Sprache bedienen**

Es ist klar, dass das europäisch-russische Verhältnis in einer Krise steckt, belastet von Konflikten, mal nicht grundlosen gegenseitigen Beschuldigungen und wenig gelungener Kommunikationspolitik. Es zeichnet sich in Deutschland jedoch ein Trend ab, der nicht defensiven, sondern initiativ-offensiven und aggressiven Charakter hat. Ein Kommentar. ...

<https://snanews.de/20210310/demokratie-medien-1224379.html>

abends/nachts:

snanews.de: **Russland und China unterzeichnen Memorandum zu Errichtung von Mondstation**

Russland und China haben nach Angaben der Moskauer Raumfahrtbehörde Roskosmos ein Memorandum über den Aufbau einer internationalen wissenschaftlichen Mondstation unterzeichnet.

Demnach vereinbarten Roskosmos und die chinesische Raumfahrtadministration eine Zusammenarbeit bei der Errichtung der Mondstation sowie einen offenen Zugang zu dem Projekt für andere Länder und internationale Partner. Das teilte Roskosmos-Chef Dmitri Rogosin am Dienstag, nach einer Videokonferenz mit seinem chinesischen Kollegen Zhang Kejian in Moskau mit.

Die auf der Oberfläche oder im Orbit des Mondes geplante Station solle der Erkundung des Erdtrabanten dienen. Dabei könnten auch Drohnen eingesetzt werden, um etwa Perspektiven einer Anwesenheit von Menschen auf dem Mond zu erforschen, hieß es. Russland will demnach nun gemeinsam mit China einen „Fahrplan“ für die Errichtung der Mondstation erstellen.

Russland hatte zuletzt mitgeteilt, sich an einer von den USA geplanten Raumstation am Mond nicht beteiligen zu wollen, sondern sein eigenes Programm zu verfolgen. Nach Angaben Rogosins soll es von 2028 an bemannte Missionen zum Mond geben.

Die US-Raumfahrtbehörde Nasa will die künftige Station „Artemis Gateway“ als Außenposten für Expeditionen zum Mond nutzen. Ein Partner für das Projekt ist die europäische Raumfahrtbehörde Esa. Sie hatte im Herbst mit der Nasa einen Vertrag über die Lieferung von Modulen für den Aufbau der Station geschlossen.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/09/1208922_0:191:3072:1919_1280x0_80_0_0_a8b47ff

[5ec5eb386481bb17785488d78.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/1e/338575_0:173:3031:1877_1280x0_80_0_0_e7d145c3f0421ac135684c3dcd18b9a2.jpg)

snnews.de: **Für Abkommen mit Iran: 140 US-Kongressabgeordnete unterzeichnen Appell an Biden**

140 republikanische und demokratische Kongressabgeordnete haben einen Appell an den US-Präsidenten Joe Biden unterzeichnet, ein umfassendes Abkommen mit dem Iran zu schließen. Dies berichtet der TV-Sender ABC News.

Demnach haben je 70 Vertreter der Demokraten und der Republikaner einen Brief unterzeichnet und an Außenminister Anthony Blinken geschickt. In ihrem Schreiben fordern die Kongressabgeordneten Biden auf, Einigung oder eine Reihe von Vereinbarungen mit dem Iran zu erzielen, die „die Beschränkungen des iranischen Atomprogramms wiederherstellen und sein Programm für ballistische Raketen einschränken“ würden.

Am Freitag hatte Biden die seit 1995 geltenden amerikanischen Sanktionen gegen den Iran verlängert. Die Strafmaßnahmen waren bereits unter Bill Clinton verhängt und seitdem jährlich verlängert sowie mehrfach modifiziert worden. Seine Entscheidung begründete Biden damit, dass die Aktivitäten der Regierung in Teheran eine Bedrohung für die Vereinigten Staaten darstellen würden. Er warf dem Iran unter anderem „Unterstützung terroristischer Gruppen“ und „böartige Aktivitäten der Islamischen Revolutionsgarden“ vor.

Teheran hatte am 23. Februar damit begonnen, die UN-Inspektionen seiner Atomanlagen einzuschränken.

Die iranische Atomorganisation AEOI wird mit der UN-Atombehörde IAEA nicht mehr im Rahmen des IAEA-Zusatzprotokolls, sondern lediglich auf der Basis des Atomwaffensperrvertrags zusammenarbeiten. Als Folge werde es bei Inspektionen der Atomanlagen Einschränkungen geben, hieß es

Der Iran steht international im Verdacht, bis 2003 an einem geheimen Atomaffenprogramm gearbeitet zu haben. Die Regierung in Teheran weist die Vorwürfe zurück. 2015 einigten sich die fünf UN-Vetomächte USA, China, Russland, Frankreich und Großbritannien sowie Deutschland und der Iran in Wien auf ein Abkommen, das Teheran eine friedliche Nutzung der Kernkraft gestattet, aber die Entwicklung von Kernwaffen verwehrt.

Darin verpflichtete sich der Iran, sein Atomprogramm herunterzufahren, im Gegenzug sollten die Wirtschaftssanktionen der Uno, der USA und der EU aufgehoben werden.

Im Mai 2018 stiegen die Vereinigten Staaten einseitig aus dem Deal aus und verhängten schärfere Sanktionen gegen Teheran. Daraufhin kündigte der Iran eine etappenweise Abkehr von seinen Verpflichtungen ab 2019 an.



https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/1e/338575_0:173:3031:1877_1280x0_80_0_0_e7d145c3f0421ac135684c3dcd18b9a2.jpg

snanews.de: **Gezielte Desinformations-Kampagne gegen Deutschland? Moskau nennt EU-Vorwürfe „lächerlich“**

Russland hat Vorwürfe wegen gezielter Desinformationskampagnen gegen Deutschland und andere EU-Länder als „lächerlich“ abgewiesen. Es gehe um einen Bericht des Auswärtigen Dienstes der EU, wonach Deutschland wichtigstes Ziel von russischen Falschinformationen sei, hieß es am Dienstag in Moskau.

„Es ist natürlich sehr lustig, die Anschuldigungen zu irgendwelchen Desinformationskampagnen zu hören, weil wir selbst nicht einmal hinterherkommen damit, unzutreffende Behauptungen zum Beispiel aus Berlin zu kommentieren“, sagte Außenamtssprecherin Maria Sacharowa auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur.

„Propaganda übelster Prägung“

Sie verwies auf eine Rubrik auf der Internetseite des Moskauer Außenministeriums, die wiederum „Falschmeldungen“ (Fake News) westlicher Medien über Russland auflistet. Dort gebe es viele Beispiele, wie Russland auf aggressive Weise mit „Propaganda übelster Prägung“ angegriffen werde. Der Westen solle lieber eigene politische Kampagnen gegen Russland untersuchen - auch im Hinblick darauf, dass dadurch gezielt die russische Opposition unterstützt werde.

„Das würde dann als Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates qualifiziert“, sagte die Sprecherin.

Deutschland ist nach der EU-Analyse Hauptziel russischer Kampagnen. „Kein anderer EU-Mitgliedsstaat wird heftiger angegriffen als Deutschland“, heißt es in einem Bericht, den der Auswärtige Dienst der EU am Dienstag veröffentlichte. Es gebe systematische Kampagnen sowohl auf politischer Ebene als auch durch kremlnahe Medien.

Maas kommentiert EU-Bericht

„Überraschen tut es uns nicht“, kommentierte Außenminister Heiko Maas den Bericht. Die Angriffe zielten darauf ab, das Vertrauen in demokratische Institutionen und in die Demokratie insgesamt auszuhöhlen.

Maas wolle russische Desinformationskampagnen mit einer „Positivagenda“ beantworten. Unter anderem das derzeit laufende Deutschlandjahr in Russland solle dazu beitragen, dass falsche Informationen über Deutschland nicht auf fruchtbaren Boden fielen, sagte Maas am Dienstag in Berlin.

Insgesamt müssten die Beziehungen zwischen den Zivilgesellschaften intensiviert werden. Das Deutschlandjahr läuft seit September. Es soll den kulturellen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Austausch zwischen beiden Ländern fördern.



https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/1d/328851_0:160:3073:1888_1280x0_80_0_0_2cd86355272c2c8b0257479534e5b5ed.jpg

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 09. März 2021 wurden **vier Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

15:00 Uhr Torezkoje – **Kalinowo**: automatische Granatwerfer (40 Schüsse); Schusswaffen;

15:15 Uhr Popasnaja – Kalinowo: automatische Granatwerfer (29 Schüsse);

16:00 Uhr Popasnaja – Kalinowo: Mörser 120mm (4 Mörsergeschos#);

19:50 Uhr Katerinowka – **Molodjoshnoje**: Antipanzergrenatwerfer (6 Schüsse), automatische Granatwerfer (4 Schüsse), großkalibriges Maschinengewehr, Schusswaffen.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

snanews.de: **Armeniens Premier verkündet Entlassung von Generalstabschef – Präsident zieht vor Gericht**

Armeniens Premierminister Nikol Paschinjan hat erklärt, dass der Chef des Generalstabs, Onik Gasparjan, am Mittwoch, dem 10. März, entlassen wird.

„Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass der Präsident der Republik den vom Regierungschef vorgelegten Dekret-Entwurf (...) nicht fristgemäß unterzeichnet und sich nicht an das Verfassungsgericht gewandt hat (...), ist der Chef des Generalstabs der armenischen Streitkräfte, Onik Gasparjan, am 10. März per Gesetzeskraft seiner Stellung enthoben worden“, heißt es in einer Erklärung von Paschinjan.

Kurz darauf wurde bekannt, dass sich Armeniens Präsident Armen Sarkisjan an das Verfassungsgericht gewandt hat, um das Gesetz, gemäß dem der Chef des Generalstabs entlassen wurde, anzufechten. „Der Präsident der Republik hat sich an das Verfassungsgericht gewandt, um festzustellen, ob das Gesetz ‚Über den Militärdienst und den Status von Militärangehörigen‘ der Verfassung entspricht“, heißt es.

Der Antrag wurde demnach mit Problemen in der Rechtsanwendungspraxis des Gesetzes begründet, die infolge der Initiative des Premierministers über den Rücktritt von Generalstabschef Onik Gasparjan und den nachfolgenden Verfassungs- und rechtlichen Prozessen offensichtlich wurden.

Hintergrund

Am 25. Februar hatten Militärs des Landes in einem Schreiben den Rücktritt des armenischen Premierministers und der Regierung gefordert. Dies war eine Reaktion von armenischen Militärs auf Informationen, wonach Armeniens Präsident Armen Sarkisjan auf den Vorschlag von Paschinjan hin den ersten Vizechef des Generalstabs, Tiran Chatschatrjan, der sich Medienberichten zufolge über die Aussagen des Regierungschefs zu den „Iskander“-Komplexen lustig gemacht haben soll, des Amtes enthoben hatte.

Premierminister Nikol Paschinjan bezeichnete dies später als Versuch eines Militärputsches und stellte dem Präsidenten des Landes einen Antrag zur Entlassung von Generalstabschef Onik Gasparjan.

Am 27. Februar wurde bekannt, dass Sarkisjan die Entlassung von Gasparjan nicht bestätigt hatte. „Der Präsident der Republik hat im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Kompetenzen den Dekret-Entwurf mit Einsprüchen zurückgeschickt“, hieß es aus dem Pressedienst der Administration des Präsidenten.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/0a/1212217_0:171:3073:1899_1280x0_80_0_0_c3dfb607bece18a84b0cf920faa16637.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 9. März 3:00 Uhr bis 10. März 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU 5.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Gorlowka: Schusswaffen – einmal.

Richtung Donezk: Mörser 120mm – zweimal (22 Mörsergeschosse);

Schützenpanzer/Schützenpanzerwagen – einmal (3 Schüsse); Antipanzergranatwerfer – einmal (3 Granaten); Schusswaffen – einmal.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Wesjoloje, Staromichajlowka.**

Durch Beschuss von Seiten der BFU auf Staromichajlowka wurden folgende Schäden festgestellt:

- Tschkalow-Straße 26 (Schäden an Dach, Fassade eines Wohnhauses);
- Tschkalow-Straße 28 (Schäden an Dach, Schornstein);
- Tschkalow-Straße 30 (Dach beschädigt);
- Tschkalow-Straße 32 (Dach eines Wirtschaftsgebäudes beschädigt).

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 28.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 3 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: Fangrakete gegen Drohnen: Eine Neuentwicklung aus Russland

Eine Rakete fliegt auf eine Drohne zu, schießt ihr ein Fangnetz entgegen, welches das unbemannte Flugvehikel umschlingt und zu Fall bringt. Diese im Prinzip einfache Vorrichtung eignet sich laut Entwicklern des russischen Technologiekonzerns Rosatom besonders für die Abwehr schneller und hochmanövrierfähiger Drohnen.

Was unterscheidet die Neuentwicklung von den Geräten zur Drohnenabwehr, die bereits existieren? Dass die bisher für das Abfangen besonders dynamischer und manövrierfähiger Drohnen entwickelten Abwehrsysteme kaum geeignet sind, sagen Wissenschaftler vom Forschungszentrum für technische Physik VNIITF, einer Einrichtung des russischen Atomenergiekonzerns Rosatom. „Das Ziel muss von oben eingeholt, das Fangnetz muss mit

einer dem Zielobjekt angepassten Geschwindigkeit verschossen werden. Dieses Verfahren ist sowohl technisch aufwendig als auch zeitraubend. In dieser Zeit kann das Ziel auch entwischen“, erklären die Entwickler.

Die Physiker von Rosatom lösen das Problem durch die erhöhte Beschleunigung des Fangnetzes beim Verschießen. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Gewichte, die an den Ecken des Netzes befestigt sind. Erhöht wird die Beschleunigung dieser Gewichte durch die Verlängerung des Schleuderlaufs. Je schneller jedes einzelne dieser Gewichte beschleunigt, desto schneller entfaltet sich das Netz, umso kürzer ist die für das Abfangen der Drohne benötigte Zeit.

Außer dem Fangnetz enthält die Rakete laut den Entwicklern einen Zielsuchkopf und ein Funkortungssystem. Gegenwärtig wird die Herstellung und die Erprobung eines Prototyps vorbereitet. Die Funktionsweise der Fangrakete ist bisher in Computersimulationen bestätigt worden. Die Entwickler arbeiten derzeit an der Patentierung der neuen Abwehrwaffe.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/0a/1214276_0:176:3071:1904_1280x0_80_0_0_f729b9c3b020232a21617af2281cdc95.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 10. März um 9:00 Uhr 3215 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 2711 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 284 Todesfälle.

Mzdnr.ru: Am 9. März wurden in der DVR 715 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 234 positiv, bei 36 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt. Am 10. März um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 25.787 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert. 6154 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 17.535 als gesund entlassen, es gibt 2098 Todesfälle. In den letzten 24 Stunden wurden 89 Fälle von Lungenentzündung diagnostiziert, 55 Fälle mehr als in den letzten 24 Stunden. Davon wurden 69 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 928 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 455 mit Sauerstoffunterstützung (+27 in den letzten 24 Stunden).

nachmittags:

snanews.de: **China plant Steigerung der Militärausgaben – Xi Jinping mahnt zu höherer Kampfbereitschaft**

Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping hat das Militär angesichts von „Instabilitäten“ und „Unsicherheiten“ zur stetigen Einsatzbereitschaft gemahnt. Die gesamten Streitkräfte müssten „immer bereit sein, auf verschiedenste komplexe und schwierige Situation zu antworten“, sagte Xi Jinping.

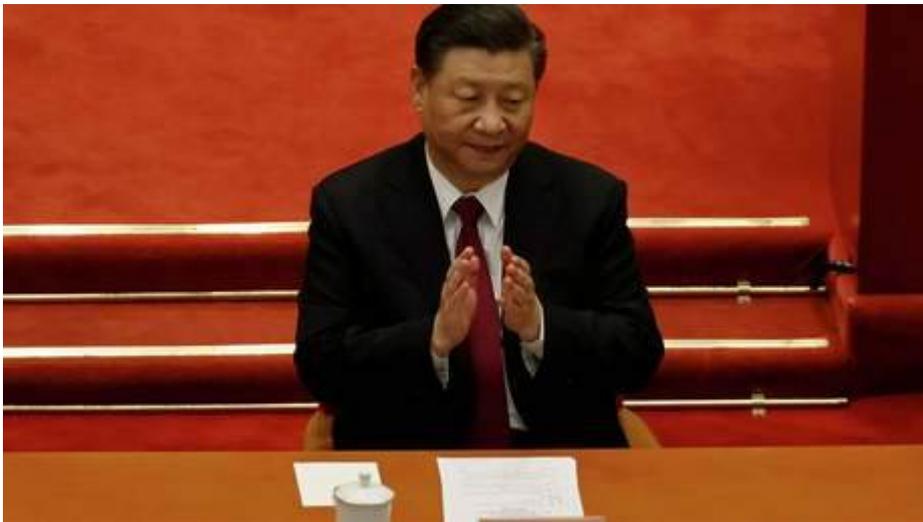
Er sprach laut Medienberichten vom Mittwoch bei einem Treffen am Vortag mit einer Militärdelegation während der laufenden Jahrestagung des Volkskongresses in Peking, meldet dpa.

Die Entwicklung der Streitkräfte müsse sich auf „Kampfbereitschaft“ konzentrieren, zitierte die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua den Präsidenten bei dem Treffen. Der neue Fünf-Jahres-Plan von 2021 bis 2025 sei ein guter Anfang, um die nationale Verteidigung und die Streitkräfte zu stärken, sagte Xi Jinping.

Der Volkskongress wird zum Abschluss seiner einwöchigen Tagung am Donnerstag den Planentwurf sowie eine kräftige Steigerung der Militärausgaben in diesem Jahr um 6,8 Prozent verabschieden.

Es gehe darum, sagte Xi Jinping laut Xinhua. Die Volksbefreiungsarmee müsse „entschlossen die nationale Souveränität, Sicherheit und die Entwicklungsinteressen schützen“. Die Militärentwicklung müsse von Innovation getrieben sein. Es müssten mehr Anstrengungen unternommen werden, sich in Wissenschaft und Technologie unabhängig zu machen. Die Innovation müsse energisch vorangetrieben werden.

Die Modernisierung und der Ausbau des chinesischen Militärs erfolgt vor dem Hintergrund zunehmender Spannungen mit den USA und Taiwan, der Grenzzwischenfälle mit Indien sowie den Streitigkeiten um Inseln und Meeresgebiete im Ostchinesischen und Südchinesischen Meer.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/0a/1217305_0:135:2601:1598_1280x0_80_0_0_2982797843190b7d7b0e6d8692469d79.jpg

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zu Lage am 10.03.2021**

Seit Beginn dieser Woche ist eine Verstärkung des Beschusses der Territorien der DVR von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festzustellen. So haben **in den letzten 24 Stunden**, vom 9. auf den 10. März, die ukrainischen bewaffneten Formationen **fünfmal die geltenden Vereinbarungen über eine Einhaltung des Regimes der Feueinstellung verletzt**.

In **Richtung Donezk** haben Einheiten der ukrainischen Streitkräfte auf Befehl des Kriegsverbrechers Kaschtschenko zweimal **Wesjoloje** beschossen. Auf diese Ortschaft haben Kämpfer des 15. und 16. Bataillons der 58. Panzergrenadierbrigade von den Positionen in den

Gebieten von Wodjanoje und Peski einen Mörserbeschuss mit 22 120mm-Mörsergeschossen durchgeführt.

Unter das Feuer der ukrainischen Kämpfer geriet zweimal die Ortschaft **Staromichajlowka**, die Kämpfer des 3. Bataillons der 28. mechanisierten Brigade mit Schützenpanzerwaffen und Antipanzergranatwerfern beschossen. Dabei wurden vier Häuser beschädigt.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 10. Gebirgssturmbrigade ungeordnet mit Schusswaffen in **Richtung der Siedlung des Gagarin-Bergwerks** in Gorlowka geschossen. Um die Sicherheit der friedlichen Bevölkerung der DVR zu gewährleisten, waren unsere Verteidiger gezwungen, dreimal das Feuer zur Unterbindung mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen auf Feuerstellungen, von denen aus geschossen wurde, zu eröffnen.

Die Volksmiliz hat Feuermittel des 15. und 16. Bataillons der 58. Brigade unterbunden sowie einen Schützenpanzer der 28. Brigade, der Staromichajlowka beschoss, vernichtet.

Die Verluste des Gegners werden noch ermittelt. Es muss angemerkt werden, dass die Ziele bei den ukrainischen bewaffneten Formationen, auf die das Feuer eröffnet wurde, sich weit von Wohnhäusern und Objekten der zivilen Infrastruktur befanden.

Gleichzeitig hat das ukrainische Kommando zur Ablenkung der Aufmerksamkeit von den von den ukrainischen Streitkräften begangenen Verbrechen die Volksmiliz der DVR 18 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung beschuldigt und so vorsätzlich die vorhandene Situation verdreht.

Wir erklären offiziell, dass die genannte Informationen nichts anderes ist als ein Versuch des ukrainischen Militärkommandos, unter Deckung von angeblichen erwiderten Handlungen die Feueraktivität zu verstärken und die Lage im Donbass zu destabilisieren.

Ihrerseits ist die **Intensität des Beschusses von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen so weit angewachsen, dass die ukrainischen Streitkräfte in einer Reihe von Einheiten praktisch vollständig ihren Mörsergeschossvorrat erschöpft haben.** So wurden am 3. März während des Beschusses von Kämpfern eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade der ukrainischen Streitkräfte auf Leninskoje 100 82mm-Mörsergeschosse abgefeuert. Im Zusammenhang damit hat der Kommandeur der 36. Brigade Gnatow im Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ die Auffüllung des Vorrats an Mörsergeschossen erbeten. Daraufhin hat der Kommandeur der Gruppierung Sodol angewiesen, einen doppelten Munitionsvorrat auszugeben und damit ein weiteres Mal sein Bestreben zu einer Eskalation des Konflikts bestätigt.

Dieser Sachverhalt wird durch von unserer Aufklärung abgefangene Funkprüche bestätigt. Ich möchte die Vertreter der internationalen Organisationen und Kiew daran erinnern, dass Wohnhäuser keine militärischen Objekte sind und die, die sie beschießen Kriegsverbrecher sind.

Die Einheiten der Volksmiliz der DVR halten das Regime der Feueereinstellung streng ein, aber auf Befehl des Kommandos sind sie bereit, jegliche Aggression des Gegners adäquat abzuwehren.

snanews.de: **Washington bestätigt mögliches Außenministertreffen mit China – Bericht**

Das Weiße Haus hat bestätigt, dass chinesische und US-amerikanische Außenpolitiker „direkt“ an Gesprächen beteiligt sind, berichtet die Hongkonger Zeitung „South China Morning Post“ am Mittwoch.

„Natürlich wird es in den kommenden Monaten und Jahren eine Reihe von Engagements geben, die der Präsident und sein nationales Sicherheitsteam mit China und anderen Ländern in der Region haben werden“, sagte die Pressesprecherin Jen Psaki am Dienstag (Ortszeit) auf die Bitte um Bestätigung, ob Pläne für ein Treffen auf hoher Ebene in Alaska im Gange seien. Am Treffen könnten auf chinesischer Seite sowohl der höchste Außenpolitiker der Kommunistischen Partei, Yang Jiechi, als auch der im Machtapparat untergeordnete

Außenminister Wang Yi teilnehmen, so der Bericht.

„Wir sind direkt engagiert. Es gibt eine Reihe von Themen, über die wir im Rahmen dieser Engagements natürlich mit den Chinesen gesprochen haben. Wir halten uns nicht zurück, sondern suchen auch nach Möglichkeiten zur Zusammenarbeit“, sagte Psaki.

Der genaue Ort des möglichen Treffens sei noch nicht festgelegt worden. Sollte das Treffen stattfinden, wäre es der erste ranghohe Kontakt zwischen den beiden Regierungen seit dem Machtwechsel in den USA.

Die Beziehungen zwischen den beiden Staaten sind unter dem ehemaligen Präsidenten Donald Trump auf den tiefsten Stand seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen 1979 gefallen. China ruft zur Wiederaufnahme der Dialogmechanismen zwischen den beiden Ländern auf, stellt aber allerlei Bedingungen. So soll das Weiße Haus seine „Einmischung“ in Chinas innere Angelegenheiten beenden. Damit sind die Kritik am Umgang mit den Uiguren oder Hongkong, der Handelskrieg und die US-Unterstützung für Taiwan gemeint.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/0a/1219545_0:161:3071:1888_1280x0_80_0_0_f616964534913ffffc3544d0bc56af9a.jpg

Mil-Inr.su: **Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponko**

In den letzten 24 Stunden ist die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung durch die ukrainischen bewaffneten Formationen erheblich gewachsen.

Insgesamt wurden **vier Verletzungen der erreichten Vereinbarungen** des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feuereinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 59. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Schapowalow **Kalinowo** mit automatischen Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. Kämpfer der 92. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Fedossenko haben zweimal das Feuer mit 120mm-Mörsern und einem Granatwerfer auf Kalinowo eröffnet.

Außerdem haben Kämpfer der 92. Brigade aus Richtung Katerinowka das Gebiet von **Molodjoshnoje** mit automatischen und Antipanzergranatwerfern beschossen.

In der Folge der verbrecherischen Handlungen der ukrainischen Kämpfer wurde **ein Verteidiger der Republik verletzt**. Der Verletzte wurde in eine medizinische Einrichtung evakuiert, wo er rechtzeitig qualifizierte ärztliche Hilfe erhielt.

Diese Fälle von größter Verletzung des Komplexes von Zusatzmaßnahmen durch Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte zeugen von der Unfähigkeit und dem Unwillen des ukrainischen Kommandos, eine Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung zu gewährleisten. Alle festgestellten Fälle von Beschuss wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben.

Im Zusammenhang mit der erhöhten Feueraktivität des Gegners und der Verletzung unseres Soldaten sowie zur Verhinderung von Opfern unter der Zivilbevölkerung waren die Verteidiger der Republik gezwungen, Feuerstellungen des Gegners im Gebiet von Katerinowka mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen zu unterdrücken. Ich will die Aufmerksamkeit darauf lenken, dass alle Beschuldigungen der ukrainischen Seite in Bezug auf Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der Volksmiliz der LVR eine Informationsprovokation sind sowie ein Versuch der ukrainischen Streitkräfte, ihre verbrecherischen Handlungen in den Augen der internationalen Öffentlichkeit zu rechtfertigen.

So hat der Stab der OOS die Volksmiliz der LVR in Bezug auf drei Verletzungen des Regimes der Ruhe beschuldigt, was nicht der Wirklichkeit entspricht.

Die Ukraine verheimlicht die Verletzung des internationalen humanitären Rechts im Osten der Ukraine nicht, sondern demonstriert sie offen. Die Länder der EU und die USA, die tödliche Waffen an die ukrainischen Streitkräfte liefern, die systematisch und zielgerichtet Wohnsiedlungen und Häuser von Bürgern der Republiken beschießen, finanzieren direkt und fördern die terroristischen Handlungen der Ukraine gegen friedliche Einwohner des Donbass.

snanews.de: **10 Jahre nach Kriegsbeginn: Fast jeder zweite Syrer verlor Angehörige**

Fast jeder zweite Syrer im Alter zwischen 18 bis 25 Jahren (47 Prozent) hat bereits ein Familienmitglied oder einen Freund verloren. Dies meldet die Deutsche Nachrichtenagentur unter Berufung auf eine am Mittwoch veröffentlichte Studie des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK).

Die Organisation befragte 1400 Syrer in Syrien, im Libanon und in Deutschland. Zwölf Prozent dieser Menschen wurden im Krieg verletzt, 62 Prozent sind innerhalb des Landes oder ins Ausland geflohen.

Gut drei Viertel der Befragten haben zudem Schwierigkeiten, sich Lebensmittel leisten oder kaufen zu können. Vor allem Befragte, die noch in Syrien leben, leiden zudem unter psychischen Problemen: Mehr als die Hälfte hatte in den vergangenen zwölf Monaten mit Schlafstörungen, Angst und Depression zu kämpfen. Am wichtigsten für ihr Leben in der Zukunft ist den meisten jungen Frauen und Männern der Umfrage zufolge Stabilität.

Knapp ein Viertel aller Menschen in Syrien hat der Organisation Handicap International zufolge zudem eine Behinderung - fast doppelt so viele wie im weltweiten Durchschnitt, so die DPA. ...



https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/0a/1220990_0:197:2903:1829_1280x0_80_0_0_196847df611ccf4ef10cca566fc80375.jpg

Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: **Erklärung der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa**

Die ukrainischen Vertreter haben, statt endlich zu beginnen, sachbezogen und zuverlässig bei den Friedensverhandlungen zur Regelung des Konflikts im Donbass zu arbeiten, beschlossen, die Republiken direkt zu erpressen.

Der Leiter der ukrainischen Delegation in Minsk erklärt, dass Kiew in der Kontaktgruppe irgendeine „Variante eines Friedensszenarios“ vorlegen wird, worüber wir zum ersten Mal hören. Dabei ist sehr bezeichnend, dass Herr Krawtschuk offen erklärt: Wenn der Donbass dieses „Friedensszenario“ nicht annimmt, wird für uns ein militärisches Szenario aufgebaut – d.h. die ukrainische Delegation sagt direkt, dass es für sie in der Kontaktgruppe nicht interessant ist, Verhandlungen zu führen, sondern Ultimaten zu stellen.

Wir erinnern daran, dass dies bei weitem nicht der erste „Friedensplan“ ist, von dem die ukrainische Regierung gesprochen hat. Welche Ideen in den Jahren des Minsker Prozesses auch in den hohen Kiewer Büros aufgetaucht sind, nur eine Variante eines von der Ukraine vorgelegten Handlungsplans zur Realisierung des Maßnahmekomplexes steht: und dieser widerspricht zu drei Vierteln den Minsker Vereinbarungen. So wird in ihm dem Donbass vorgeschlagen, alle zu entwaffnen, ukrainische Truppen einrücken zu lassen und erst dann überlegt sich Kiew, ob es seine Verpflichtungen bezüglich des Maßnahmekomplexes umsetzen wird.

Daher haben wir keinerlei Zweifel, dass das von Herrn Krawtschuk angekündigte „Friedensszenario“ ein weiterer Versuch der Ukraine ist, der Realisierung der Minsker Vereinbarungen zu entgehen. Aber gerade in ihnen ist der einzige mögliche Weg zum Frieden festgelegt. Und falls Kiew tatsächlich diesen Frieden wiedererrichten will, so muss es sich nicht irgendwelche Arbeiten der „Modernisierung“ der Minsker Vereinbarungen ausdenken, nicht versuchen, sie durch neue „Szenarien“ zu ersetzen oder den klar durch den Maßnahmekomplex bestimmten besonderen Status des Donbass durch Gesetze über Integration, Übergangsrechtsprechung, Kollaborationismus und weitere von der Realität abgetrennten Termini zu ersetzen.

Stattdessen muss die Ukraine einfach beginnen, vollwertig und mit uns abgestimmt die Arbeit an der Realisierung der erreichten Vereinbarungen zu beginnen. Und in erster Linie in Bezug auf die Vereinbarung eines neuen Pakets von Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feuereinstellung sowie zur Organisation einer direkten Zusammenarbeit zwischen dem GZKK der Ukraine, dem GZKK der DVR und dem GZKK der LVR. Und so ergibt sich eine paradoxe Situation: Krawtschuk erzählt in seinen abseitigen Erklärungen in den Medien über das Bestreben der Ukraine zu Frieden, aber tatsächlich beschießen die bewaffneten Formationen dieses Landes weiter Ortschaften des Donbass, unter anderem mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen. Sie schieben weiter ihre Befestigungen in unsere Richtung vor, stationieren weiter ihre Waffen in Ortschaften, wobei sie sehr gut wissen, dass wir nicht auf friedliche Einwohner schießen. Dabei werden alle unsere Vorschläge zur Detaillierung und Aktualisierung der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feuereinstellung, insbesondere zur Arbeit des Koordinationsmechanismus von Kiew ohne ein einziges haltbares Argument ignoriert.

Stattdessen befassen sich die ukrainischen Vertreter vor Publikum mit aller Macht mit Erpressung, reklamieren ihre angeblichen Friedensinitiativen, aber drohen tatsächlich mit Krieg. Dennoch erinnern wir Herrn Krawtschuk daran, dass seine Aufgabe ist, eine effektive und mit den Vertretern des Donbass abgestimmte Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zu gewährleisten und nicht eine Wiederaufnahme der „heißen“ Phase des Konflikts zu provozieren.